

Mainz, 12.01.2011

Dr. Rolf Hentzschel
108-84 86/2010-3

**Grußwort von Frau Staatssekretärin Kraege
zur Jahrestagung der Tschernobyl-Initiativen
Rheinland-Pfalz am 29.01.2011 in Sinzig**

Sehr geehrte Mitglieder der Tschernobyl-
Initiativen, sehr geehrte Gäste,

am 26. April dieses Jahres wird sich die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl zum 25igsten Mal jähren. Tausende mussten in den betroffenen Gebieten Weißrusslands, der Ukraine und Russlands bisher an den Folgen des nuklearen Super-Gaus sterben, und auch für die Zukunft muss leider mit weiteren Opfern gerechnet werden. Hunderttausende mussten aufgrund der radioaktiven Kontaminationen ihre Heimat für immer verlassen, ganze Landstriche in den betroffenen Gebieten wurden unbewohnbar und werden es noch für viele Jahre bleiben. Der volkswirtschaftliche Schaden für diese Länder wird wohl nie vollständig beziffert werden können, er betrug aber mit Sicherheit über Einhundert Milliarden Euro.

Die radioaktive Wolke machte natürlich vor den Grenzen nicht halt, auch das über 1000 Kilometer entfernte Deutschland blieb von den radioaktiven Niederschlägen nicht verschont. Viele unter uns erinnern sich bestimmt noch an die Ängste und Verunsicherungen, die diese Katastrophe sogar hier verursacht hatte. Sie haben somit zumindest eine leise Ahnung davon, was die Bevölkerung im Osten Europas damals durchmachen musste.

Seit 1986 befassen sich viele Initiativen in Rheinland-Pfalz mit der Hilfe für die betroffene Bevölkerung in Russland, der Ukraine und ganz besonders in Weißrussland. Auch heute, fast ein Vierteljahrhundert nach dieser schrecklichen Katastrophe, sind in Rheinland-Pfalz immer noch mehr als 40 private Initiativen ehrenamtlich mit dieser Hilfe befasst. Diese Ausdauer ist zu bewundern. Sie ist in Anbetracht der schwierigen Situation der betroffenen Bevölkerung auch bitter notwendig.

Es ist keine leichte Aufgabe, in fremden Staaten mit ihren besonderen – manchmal als zu bürokratisch empfundenen - Regeln eine Hilfe zu leisten, die auch wirklich ankommt. Ich persönlich habe jedoch das Gefühl, dass Ihre selbst versendeten Hilfsgüter und ganz besonders die Erholungsaufenthalte, die Sie den Kindern aus den betroffenen Regionen als Gasteltern ermöglichen, Hilfen sind, die tatsächlich ankommen und auch als solche verstanden werden. Für Ihr Engagement in den Tschernobyl-Initiativen danke ich Ihnen auch im Name der Landesregierung von Herzen.

Aber wir wollen nicht nur denen helfen, die dieses harte Schicksal getroffen hat, sondern es ist auch unsere besondere Verantwortung gegenüber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, gegenüber unseren Kindern und Enkeln, zu verhindern, dass sich eine solche Katastrophe noch einmal ereignen kann.

Heute kennen wir die Ursachen und Zusammenhänge, die den schwersten Unfall in der Geschichte der Kernkraft ausgelöst hat. Die meisten unter uns haben daraus die Lehre gezogen, dass es trotz aller Beteuerungen der Atomindustrie eine risikolose und wirklich friedliche Nutzung der Kernkraft nicht geben kann. Die Kernkraftwerke entsprechen längst nicht mehr dem bestmöglichen technischen Stand. Zu der ungelösten Frage der Endlagerung der radioaktiven Abfälle sind seit dem 11. September 2001 noch die Bedrohungen durch terroristische Anschläge wie beispielsweise einem gezielt herbeigeführten Flugzeugabsturz hinzugekommen.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat sich daher seit vielen Jahren für einen zügigen und endgültigen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie eingesetzt, und sie wird dies auch zukünftig mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln tun. Der Atomkonsens von 2001 war ein wichtiger Meilenstein zum Ausstieg aus der Kernenergie.

Dem Einknicken der schwarz-gelben Bundesregierung vor der Atom-Lobby mit der vorgesehenen, unverantwortlichen Laufzeitverlängerung für deutsche Kernkraftwerke werden wir nicht tatenlos zusehen! Wir werden gemeinsam mit anderen Bundesländern vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen klagen, dass die Rechte der Bundesländer und damit auch ihrer Bürgerinnen und Bürger durch die unzureichende Beteiligung des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren missachtet wurden.

Wir können dies mit dem beruhigten Wissen darum tun, dass es bessere, gefahrlose und nachhaltige Alternativen zur Energieerzeugung gibt, die wir in unserem Land mit Nachdruck fördern. Klima schützen, Energie sichern, Energierechnungen reduzieren und Arbeitsplätze schaffen - das sind die Ziele der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Dabei setzen wir auf Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz, Nutzung Erneuerbarer Energien und den Ausbau der Energieerzeugung im eigenen Land. Wir setzen auf eine nachhaltige Entwicklung, die auch unseren Kindern und Enkeln zugute kommt.

Das, was im Jahr 1986 in Kernkraftwerk Tschernobyl geschehen ist, lässt sich leider nicht mehr ungeschehen machen, aber die Folgen für die betroffene Bevölkerung lassen sich lindern. Sie geben diesen Menschen mit Ihrer Arbeit nicht nur ein Stück Gesundheit zurück, sondern Sie helfen ihnen auch, das Grauen der Atomkatastrophe zu verarbeiten. Damit setzen Sie auch ein Zeichen der Hoffnung auf eine bessere, sichere und gesunde Zukunft. Dass Sie diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen haben, ist ein Ehrenamt im wahrsten Sinne des Wortes. Ich wünsche Ihnen für die weitere Arbeit der Tschernobyl-Initiativen und für Ihre Jahrestagung viel Erfolg.